

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Nr. 34

Hannover, den 5. November 1946

Wege zur deutschen Lösung

P.R. Wie es einmal die Alternative einer grossdeutschen im Gegensatz zu einer kleindeutschen Lösung für unser Land gab, so kann man heute von der Notwendigkeit einer schlechthin deutschen Lösung zur Behebung der gegenwärtigen Vertrauenskrise in der Welt sprechen. Bis vor kurzem noch galt die Deutschlandfrage als heisses Eisen, das niemand recht anzufassen wagte. Heute gibt es keine Rede eines führenden Politikers und keine Ausgabe einer grossen Zeitung, in der diese Frage nicht in irgendeiner Form berührt, meist in den Mittelpunkt der Darstellungen gerückt wird.

Byrnes, Stalin, Truman und Bevin haben ausführlich und unter Verzicht auf diplomatische Verkläuterungen gesagt, wie sie sich die Sache denken. Täglich wird Neues zu diesem Thema gesagt, mehr noch wird folgen, wenn erst die Aussenminister offiziell darüber beraten. Die Fülle der Aspekte ist verwirrend für den, der keine Zeit hat, sich mit den täglichen Schwankungen des überempfindlichen politischen Stimmungsbarometers zu befassen. Vielleicht ist es deshalb gut, die wichtigsten Tendenzen zusammenzufassen.

Im Vordergrund steht im Augenblick der erfreuliche Eindruck einer Angleichung der westlichen und der östlichen Auffassungen. Danach muss die industrielle Leistungsfähigkeit Deutschlands erheblich gesteigert werden, das gilt als wichtigste Voraussetzung. Auch Stalin war damit einverstanden. Soweit war man vor kurzem noch nicht. Freilich darf man sich über die Schwierigkeiten, die noch kommen, keine Illusionen machen. Die Meinungsunterschiede über die richtige Methode sind sehr gross, sie sind es vor allem wegen der vollkommenen Verschiedenartigkeit des angloamerikanischen und des russischen Systems und des verständlichen

2.
 beider, in dem neu zu formenden Deutschland mit den eigenen
 Ideen und Grundsätzen möglichst festen Fuss zu fassen. Das gilt vor allem
 für die Wirtschaft. In dem, wie sich die künftige deutsche Wirtschaft dar-
 stellen soll, befinden sich Amerikaner und Russen in einem offenkundigen
 Gegensatz, während die Engländer auf einer mittleren Linie operieren. Die
 Amerikaner stehen auf dem Standpunkt, dass nur durch die Wiederaufrichtung
 einer freien Wirtschaft der Gefahr einer neuen totalitären Zwangswirtschaft
 vorgebeugt werden kann. Der Plan umfassender Rohstoffkredite mit eventuell
 später folgenden Stabilisierungskrediten hat feste Formen angenommen. Den
 Gefahren, die nach dem ersten Weltkrieg aus dieser Praxis erwachsen, glaubt
 man diesmal durch entsprechende politische Sicherungsmassnahmen entgegen-
 zu können. Für die Russen steht der Gedanke der möglichst vollkommenen
 Kontrolle in Wirtschaft wie Politik im Vordergrund, wobei die Wirtschafts-
 kontrolle nicht als vorübergehender Zustand, sondern als fester Teil der
Sowjetökonomie angesehen wird, deren möglichst konsequente Uebertragung
auf deutsche Verhältnisse ein wichtiger Programmpunkt der russischen Poli-
 tik ist. Zumindesten hält man dort in der eigenen Zone an dieser Linie ent-
 schlossen fest und es ist schwer zu begreifen, wie eine wirksame deutsche
 Wirtschaftseinheit bei einem Fortbestand so gegensätzlicher Auffassungen
 und Grundsätze erreicht werden soll, selbst wenn man davon ausgeht, dass
 viel guter Wille auf beiden Seiten vorhanden ist.

Die britische Absicht schliesslich bewegt sich auf einem middle-
 ren Kurs. Ihr Ziel ist, von Bevin klar umrissen, vor allem Verstaatlichung
 der deutschen Schwerindustrie, aber nur dieser. Im übrigen ist man, wie
 schon die ganze Politik der engeren Zusammenschliessung der englischen
 mit der amerikanischen Zone gezeigt hat, durchaus bereit, sich weitgehend
 auch den amerikanischen Auffassungen von den wirtschaftlichen Notwendigkei-
 ten in Deutschland anzupassen. Das amerikanische Einverständnis mit den von
 Bevin proklamierten Sozialisierungsplänen liegt vor, so dass in einer ge-
 meinsamen anglo-amerikanischen Zone ohne Zweifel eine gewisse Verquickung
 kapitalistischer und sozialistischer Grundsätze das Bild bestimmen dürfte.

Wer darin eine unnatürliche Verbindung sieht, vergisst die Tatsa-
 che des notwendigen gemeinsamen Abwehrkampfes gegen die Missachtung jeder,
 also auch jeder Wirtschaftsindividualität östlicher Prägung. Zunächst wird
 man also versuchen, doch zu einem auch praktisch ergiebigen Beschluss über
 die deutsche Wirtschaftseinheit zu kommen. Das ist ein Teil der deutschen
 Lösung, die im allgemeinen Interesse liegt. Gelingt das nicht, wird sich
 der west-östliche Gegensatz weiter vertiefen, niemandem zu Nutzen, aber
 mit grossen Gefahren für alle Beteiligten. (n/l 0411/1/he)

Die Aussenpolitik der Labour-Party

Es gibt vielerlei kritische Stimmen gegenüber der Politik der britischen Arbeiterpartei. Manches, was in dieser Beziehung von deutscher sozialdemokratischer Seite gesagt worden ist, behält seine Berechtigung. Andererseits müssen gerade die deutschen Sozialisten ernsthaft versuche, die ungeheuren Schwierigkeiten, welche die britische Arbeiterpartei auf dem aussenpolitischen Gebiet zu bewältigen hat, zu verstehen. Innenpolitisch geht die englische Arbeiterpartei - langsam zwar und vorsichtig - einen konsequenten und fest abgesteckten Weg. Der Schwierigkeiten gibt es viele, aber die bisher stattgefundenen Nachwahlen zeigen, dass das britische Volk trotz mancher ernsten und berechtigten Kritik geschlossen hinter seiner frei gewählten Arbeiterregierung steht. Niemals in der parlamentarischen Geschichte Englands konnte eine Regierung, noch dazu unter den Nachwirkungen eines furchtbaren Krieges, in den Nachwahlen alle Positionen behaupten.

Die aussenpolitischen Probleme, vor die sich die britische Arbeiterpartei gestellt sieht, sind dagegen viel komplizierter und schwieriger. Manches in der Politik Englands gegenüber Deutschland könnte anders sein. Aber auch die Deutschlandpolitik der britischen Arbeiterpartei ist schliesslich nur verständlich, wenn wir sie im Lichte der Gesamtprobleme betrachten, welche die britische Aussenpolitik beschweren. Es ist verhältnismässig leicht, sozialistische Prinzipien in der Innenpolitik zu verwirklichen, es ist aber sehr schwer, solche Prinzipien auf die Aussenpolitik eines Reiches zu übertragen, dessen Glieder sich über die ganze Welt erstrecken. Der kleinste Fehler kann zu unübersehbaren Folgen führen. Trotzdem bedeutet die Aussenpolitik der britischen Arbeiterpartei einen offensichtlichen Bruch mit der konservativen Vergangenheit und in der grossen Linie ist eine demokratische Aussenpolitik unverkennbar. - Drei Hauptprobleme sind es, für deren Lösung die Führer der britischen Arbeiterpartei nicht nur vor den Völkern des britischen Commonwealth, sondern vor der ganzen Welt die alleinige Verantwortung tragen.

Bei dem ersten Problem geht es darum, eine langsame Umwandlung der inneren Struktur des Empires zu einem freien und demokratischen Staatenbund herbeizuführen, ohne dass durch dieses Bestreben der innere Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker der britischen Völkerfamilie gelockert oder gar aufgelöst wird. Hierzu gehört vor allem die indische Frage. Indien, das gerade in diesen Tagen nach mühseligen Verhandlungen die ersten Schritte auf dem Wege zu seiner Unabhängigkeit im Rahmen des Empires gemacht hat. In dieses Gebiet gehört ferner die langsame Entwicklung der kolonialen und halbkolonialen Besitzungen Englands, in der Richtung zur Unabhängigkeit.

Das zweite Hauptproblem umfasst die Sicherung der Verbindungswege zwischen den einzelnen Gliedern des britischen Empires. Diese Frage berührt die Politik Englands gegenüber der Türkei und Griechenlands, die komplizierten Beziehungen zwischen den Bestrebungen der Zionisten in Palästina und den Forderungen der arabischen Welt, die britische Politik gegenüber Aegypten und nicht zuletzt gegenüber dem faschistischen Franco-Regime.

Das dritte Hauptproblem schliesslich berührt uns Deutsche unmittelbar. Das demokratisch-sozialistisch geführte England steht heute zwischen dem hochkapitalistischen Machtblock der Vereinigten Staaten

von Nordamerika einerseits und dem totalitär-kommunistischen Staatswesen der Sowjet-Union andererseits. Der Wahlsieg der britischen Arbeiterpartei, der kaum mehr als ein Jahr zurückliegt, war geschichtlich gesehen, ein revolutionäres Ereignis. Zum ersten Male in der Geschichte kam in einem Weltreich die Arbeiterschaft auf demokratischem Wege zur Macht, zum ersten Mal trägt sie die alleinige Verantwortung. Die scharfen Gegensätze zwischen der Politik der russischen kommunistischen Partei und der der britischen Arbeiterpartei sind nicht nur machtpolitisch bedingt, sie tragen vor allem ideologischen Charakter.

Der alte Zwiespalt in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, der in früheren Tagen sich etwa in den Kontroversen Lenin-Kautzky ausdrückte, erscheint in unseren Tagen auf einer höheren Ebene. London und Moskau sind nicht nur weltpolitische, sondern auch ideologische Brennpunkte. Gelingt das Experiment der britischen Arbeiterpartei, dann bedeutet das für den nichtkommunistischen Teil Europas Freiheit und demokratisch-sozialistische Entwicklung. Darum erscheint es so notwendig, dass die deutschen Sozialisten sich nicht nur mit einem sie unmittelbar interessierenden Teilausschnitt der britischen Politik beschäftigen, sondern sich mit dem Gesamtproblem, wie es hier angedeutet worden ist, vertraut zu machen versuchen.

b/B23/411/1/he ----

"Kommunalpolitischer Ausschuss" beim Parteivorstand

Demnächst wird beim Parteivorstand der SPD ein "Kommunalpolitischer Ausschuss" gebildet werden. In ihm werden alle massgeblichen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker zusammen kommen, um neben der grundsätzlichen Behandlung kommunalpolitischer Fragen allgemeine Richtlinien und praktische Hinweise für die in der kommunalpolitischen Arbeit stehenden Sozialdemokraten zu erarbeiten. Die kürzliche kommunalpolitische Arbeitstagung der SPD mit reichhaltigem Ergebnis brachte den letzten Anstoss für die Ausführung dieses schon seit längerer Zeit bestehenden Planes. Der neue Ausschuss tritt an die Seite ähnlicher engerer Arbeitsgemeinschaften auf anderen Sachgebieten der Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.

m/B1/411/1/he ----

"Autoritäre Anarchie"

Walter Petwaidic veröffentlichte soeben ein Buch "Die autoritäre Anarchie. Streiflicher des deutschen Zusammenbruchs" (Hoffmann & Campe-Verlag, Hamburg 1946). Diese Schrift vermittelt einen Eindruck von den tieferen Gründen des Nichtfunktionierens des deutschen Staatsmechanismus während der Hitlerzeit und geht auf zahlreiche personelle und menschliche Hintergründe und Abgründe ein, die sich im engeren Kreise der nationalsozialistischen Führung der Hitler-Göring-Goebbels und Ribbentrop entwickelten. Der Rolle Ribbentrops wird aus eigener Kenntnis des Verfassers ein besonders wichtiges Kapitel des Buches gewidmet, aber das gleiche Interesse des Verfassers erstreckt sich auf den Mechanismus des Propagandaministeriums, auf die Entwicklung der Justiz und den Weg der Wehrmacht in das Chaos. Bemerkenswerte politische Hinweise auf die Fehler der Weimarer Zeit und ihre verhängnisvollen Folgen ergänzen diese locker gefügten Betrachtungen, die keineswegs eine Geschichte des Dritten Reiches darstellen wollen, sondern nur einen Einblick in die inneren Zusammenhänge zu geben beabsichtigen, die überhaupt die Existenz des nationalsozialistischen Regimes und die Durchführung einer solchen Politik ermöglichten. Sie versuchen vieles Un-

Besprechungen zwischen Russland und den USA?

Moskau fordert 25% der Ruhrproduktion

Nach einer Meldung des Berliner Sonderberichterstatters der "Daily Mail" finden zur Zeit in Berlin Besprechungen zwischen den USA und der Sowjetunion statt. Die Beratungen, so heisst es in der Meldung, dienen dem von Russland vorgeschlagenen Plan, das aufgeteilte Reich wieder zu einer einzigen wirtschaftlichen Einheit mit einer Zentrallregierung zusammenzuschliessen. Vertreter der USA sei der Generalleutnant Clay, der Stellvertreter des USA-Militärgouverneurs in Deutschland, der unter den direkten Anweisungen von Aussenminister Byrnes arbeitet; Vertreter der Sowjetunion sei Marschall Sokolowski, der Kommandant der russischen Zone. Moskaus Preis für ein geeintes Deutschland sei ein 25%iger Anteil an der laufenden Produktion im Rheinland und im Ruhrgebiet als Reparationsleistungen. Bisher seien weder Frankreich noch England zu den Beratungen hinzugezogen worden. In New York soll man sich auch noch nicht im klaren darüber sein, welche Haltung London einnehmen würde, wenn es um die Ueberlassung eines Teiles der Produktion des wichtigsten deutschen Industriegebietes ersucht werden sollte. Englands Politik ziele darauf ab, so meint die "Daily Mail", dass sich die britische Zone, die bisher dem britischen Steuerzahler alljährlich 80 Millionen Pfund koste, selbst finanziere. Würde der russische Plan angenommen, so würde das den britischen Plan, den deutschen Export wieder auf die alte Höhe zu bringen, zerstören. Das russische Angebot, das einen bedeutsamen Wechsel in der russischen Aussenpolitik darstelle, erfolgte nach der überraschenden Niederlage der von den Russen protegierten SED bei den jüngsten politischen Wahlen, die in Moskau starken Eindruck hinterlassen hätten. Auf Anweisung Stalins erklärte sich Marschall Sokolowski nunmehr bereit, mit den westlichen Alliierten bei der Bildung einer zentralen deutschen Behörde zur Kontrolle der Wirtschaft und zur Beendigung der gegenwärtigen Zersplitterung zusammenzuarbeiten. Marschall Sokolowski soll von einer Steigerung der deutschen Stahlproduktion bis zu 12 Millionen Tonnen im Jahre gesprochen haben.

Wir müssen die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Nachricht der "Daily Mail" überlassen. (m/Blo/511/2/he)

Gewerkschaft der Metallindustrie

In einer Konferenz in Bremen haben die Landesvertreter der Gewerkschaften der Metallindustrie die Veranstaltung eines Verbandstages zu dem Zwecke vorbereitet, der für das englische besetzte Gebiet eine einheitliche Arbeitnehmerorganisation für die Metallindustrie schaffen soll. Die Organisation soll so aufgebaut werden, dass sie jederzeit mit den gleichen Organisationen in den anderen Besatzungszonen zusammengefasst werden kann zu einer das ganze Reichsgebiet umfassenden Industriegewerkschaft. Die Durchführung der Vorbereitung liegt in den Händen eines fünfköpfigen Ausschusses. Es wurde ein Ausschuss von acht Personen zusammengesetzt zur Vorbereitung von Verbandssatzungen. Als Tagungsort für den Zonen-Verbandstag der Metallindustrie-Gewerkschaft ist die Industriestadt Peine in Hannover in Aussicht genommen.

(b/Co79/511/2/he)

Ein frommer Wunsch

Mit einigem Erstaunen war in einer Zeitung, die im britischen Jagern für deutsche Kriegsgefangene verteilt wird, "Zukunft" genannt, kürzlich zu lesen, dass Kardinal Frings das Lager besucht und bei dieser Gelegenheit erklärt habe, die Wahlen, die am 15. September 1946 in der britischen Zone in den Landgebieten stattgefunden hätten, seien für die CDU so erfolgreich gewesen, dass sich eine Zweidrittelmehrheit für seine Partei ergeben habe. Frings fügte nach diesem Bericht hinzu, die SPD habe nicht erreicht, was sie gewünscht habe.

Der Kardinal hat den deutschen Kriegsgefangenen nicht die Wahrheit gesagt. Wir wissen nicht, welche Gründe ihn veranlasst haben, die Tatsache mitzuteilen, dass die CDU bei den Wahlen am 15. September 1946 tatsächlich nicht eine Zweidrittelmehrheit verzielte, sondern dass nur 34,75% der Wähler für diese Partei stimmten. Das war kaum mehr als ein Drittel der Wählerschaft. Es ist die Frage zu stellen, ob Frings eine psychologische Wahlvorbereitung für kommende Entscheidungen wünschte, die auf einer Täuschung der künftigen Wähler aufgebaut werden soll. Die Lagerzeitung des Kriegsgefangenenlagers 2.721 meinte jedoch zu dieser Nachricht: "Dieser Herr war sich anscheinend nicht darüber klar, ob er als Vertreter der Kirche oder der Partei auftreten sollte". (m/Bl/511/2/he)

Sozialistische Kulturzentrale

Beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der seinen Sitz in Hannover hat, wurde eine "Sozialistische Kulturzentrale" errichtet. Ihre Arbeit soll sich nicht darauf beschränken, eine sozialistische Zweckschulung vorzunehmen, sondern soll versuchen, dem gesamten kulturellen Leben des deutschen Volkes Anregung und Förderung durch Mitarbeit und durch Schulung und Bereitstellung geeigneter Kräfte zu geben. Die Arbeit der Kulturzentrale soll alle Zweige des geistigen und kulturellen Lebens in Deutschland, auch die echten religiösen und künstlerischen Werte umfassen und den grösstmöglichen Einfluss auf das Ganze des Kulturlebens im Namen einer starken Sozialdemokratie ausüben. Die Kulturzentrale wird entsprechende Organisationen in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen errichten. (m/Bl/511/2/he)

Zusammenschluss sozialistischer Betriebe

In einer gemeinsamen Besprechung der Vertreter der Verlage sozialistischer Zeitungen wurde die "Konzentration", eine G.m.b.H. als Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen ins Leben gerufen. Zum Geschäftsführer wurde Karl Störbeck in Hannover ernannt. (m/Bl/511/3/he)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover